

Aus der Gemeinderatssitzung am Montag, 21. Juli 2014

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch Bürgermeister Schmitt TOP 6 Elektromobilität von der Tagesordnung zurückgezogen.

TOP 2

Wahl zur Besetzung der Ausschüsse des Gemeinderats

Gemäß § 41 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) kann der Gemeinderat zur Vorberatung seiner Verhandlungen (oder einzelner Verhandlungsgegenstände) beratende Ausschüsse bestellen. Beratende Ausschüsse können aufgrund einer Bestimmung der Hauptsatzung, einer sonstigen Satzung, der Geschäftsordnung oder durch Gemeinderatsbeschluss gebildet werden. Die bisherige Bildung erfolgte durch Gemeinderatsbeschluss.

Es bestehen aktuell 4 beratende Ausschüsse:

- **UTB (Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten)**
- **VKSS (Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales)**
- **Sanierungsausschuss**
- **Ausschuss für Landwirtschaft und Naturschutz**

Die beratenden Ausschüsse werden aus der Mitte des Gemeinderats gebildet. Das Wahlverfahren ist dabei dem Gemeinderat überlassen. Zunächst ist Einigung (einstimmige offene Wahl ohne Gegenstimme/Enthaltung) über Verteilung der Sitze auf die Parteien, sowie die personelle Besetzung der ordentlichen Mitglieder/Stellvertreter anzustreben. Wird keine Einigung erzielt, kann (Verhältnis-)Wahl wie bei beschließenden Ausschüssen gem. § 40 Abs. 2 GemO erfolgen oder es wird die Wahl einzelner Mitglieder nacheinander im Sinne des § 37 Abs. 7 GemO durchgeführt. Die Besetzung erfolgte in der Vergangenheit in UTB, VKSS und Landwirtschaftsausschuss mit jeweils 8 Ausschussmitgliedern und 8 Stellvertretern, beim Landwirtschaftsausschuss gibt es noch zusätzlich 4 Vertreter der Landwirtschaft. (Lediglich in der vergangenen Periode wurden die Ausschüsse ausnahmsweise mit 9 Vertretern besetzt.)

Nach der Sitzverteilung im Gemeinderat und der erreichten absoluten Stimmenzahl stehen der CDU-Fraktion 3 Mitglieder/Stellvertreter, der PlLi- und der SPD-Fraktion je 2 Mitglieder/Stellvertreter und der GLP-Fraktion 1 Mitglied/Stellvertreter in den Ausschüssen zu.

Im Sanierungsausschuss ist insbesondere auf mögliche Befangenheit der Mitglieder zu achten.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die GLP befürworte, dass von allen beteiligten Parteien im GR auch Vertreter im Ausschuss seien. Er sprach sich im Hinblick auf die ALP und einer gerechten Beteiligung von Minderheiten dafür aus, die Zahl der Plätze auf 9 Vertreter zu erhöhen.

BGM Schmitt erläuterte, dass nach den für die ALP abgegebenen Stimmen bei der Kommunalwahl nach dem gültigen Auszählungsverfahren Sainte-Lague/Schepers erst der 11. Platz der ALP zustehen würde. Man kann also nicht von Gerechtigkeit sprechen, wenn die ALP einen Platz bekommt.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) begrüßte die Intervention von GR Burger. Er fühle sich in die GR-Sitzung von 1984 zurückversetzt. Er forderte, Minderheiten von vorne herein zu schützen und diskriminierungsfrei zu arbeiten. Er stellte den Antrag auf geheime Wahl.

BGM Schmitt stellte klar, dass im Rat diskriminierungsfrei gearbeitet werde und gleiches gleich, ungleiches jedoch ungleich behandelt werde. In diesem Fall stehe der ALP aufgrund ihres Wahlergebnisses kein Sitz zu und dies sei keine Diskriminierung. Es stehe dem Gemeinderat jedoch frei, ihr unabhängig davon einen Sitz in den Ausschüssen zu gewähren.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man keine Grundsatzdiskussion führen solle. Herr Hohl solle den Ausschuss benennen, in dem er Mitglied sein wolle. In den restlichen Ausschüssen könne er als GR jederzeit als Gast teilnehmen.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, sie erinnere sich noch an die Anfänge der GLP im Gemeinderat und wies darauf hin, dass man als GR als Gast jedem Ausschuss beiwohnen könne. Herr Hohl solle sagen, in welchen Ausschuss er möchte. Es könne auch bei den großen Fraktionen nicht jeder Gemeinderat Mitglied in jedem Ausschuss sein. BGM Schmitt fragte, ob dieser Vorschlag konsensfähig sei?

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) bejahte dies, aber er wolle in jeden Ausschuss können und dann sagen, wo er hin will. Er forderte geheime Wahl und sagte, dass die Parteien eben auch kleinere Fraktionen bilden sollen.

Es folgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er dann Mitglied im UTB sein wolle, forderte aber zusätzlich auch in den Landwirtschaftsausschuss aufgenommen zu werden.

Es wurden die Besetzungen der Ausschüsse wie folgt abgestimmt:

VKSS:

Besetzungsvorschläge der Fraktionen einstimmig gewählt:

	Mitglied		Stellvertreter	
1.	Dr. Arno Neidig	(CDU)	Andreas Berger	(CDU)
2.	Jutta Schuster	(CDU)	Hans-Peter Helmling	(CDU)
3.	Prof. Dr. Udo Weis	(CDU)	Andreas Wolf	(CDU)
4.	Ulrike Breitenbücher	(PL)	Gerhard Waldecker	(PL)
5.	Fredi Engelhardt	(PL)	Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler	(PL)
6.	Jutta Schneider	(SPD)	Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende	(SPD)
7.	Dr. Felix Geisler	(SPD)	Christine Grimm	(SPD)
8.	Thomas Burger	(GLP)	Sigrid Schüller	(GLP)

UTB (Erhöhung um 1 weiteres Mitglied auf 9 Mitglieder); kein Widerspruch, deshalb offene Wahl:

Besetzungsvorschläge der Fraktionen mit Ulf-Udo Hohl einstimmig gewählt:

	Mitglied		Stellvertreter	
1.	Andreas Berger	(CDU)	Dr. Arno Neidig	(CDU)
2.	Hans-Peter Helmling	(CDU)	Jutta Schuster	(CDU)
3.	Andreas Wolf	(CDU)	Prof. Dr. Udo Weis	(CDU)
4.	Silke Layer	(PL)	Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler	(PL)
5.	Gerhard Waldecker	(PL)	Fredi Engelhardt	(PL)
6.	Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende	(SPD)	Jutta Schneider	(SPD)
7.	Dr. Felix Geisler	(SPD)	Christine Grimm	(SPD)
8.	Sigrid Schüller	(GLP)	Thomas Burger	(GLP)
9.	Ulf-Udo Hohl	(ALP)		

Sanierungsausschuss; kein Widerspruch, deshalb offene Wahl:

Es wurde festgestellt, dass die GRe Dr. Neidig, Layer, Dr. Geissler und Prof. Dr. Dr. Mende befangen sind.

Die Besetzungsvorschläge der Fraktionen wurden mit o.g. Maßgabe einstimmig gewählt:

	Mitglied		Stellvertreter	
1.	Andreas Berger	(CDU)	Hans-Peter Helmling	(CDU)
2.	Jutta Schuster	(CDU)		
3.	Andreas Wolf	(CDU)	Prof. Dr. Udo Weis	(CDU)
4.	Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler	(PL)		
5.	Fredi Engelhardt	(PL)		
6.	Jutta Schneider	(SPD)		
7.	Christine Grimm	(SPD)		
8.	Sigrid Schüller	(GLP)	Thomas Burger	(GLP)

Ausschuss für Landwirtschaft und Naturschutz:

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass in dem Ausschuss auch Landwirte vertreten sind und man den Status dieser Personen deutlicher machen sollte. Er hinterfragte den Verteilerschlüssel zur Entsendung dieses Personenkreises in den Ausschuss.

BGM Schmitt sagte, dass der Bauernverband die entsprechenden Mitglieder in diesen Ausschuss entsendet.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass ganz klar nach dem im GR beschlossenen Verteilerschlüssel seitens des Bauernverbandes verfahren werde.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass dieser Verteilerschlüssel aufgrund verschiedener Initiativen beschlossen wurde, da er vorher noch undurchsichtiger war. Es läge aber eine gewisse Vorentscheidung in der Entsendung, da über die Vergabe von Pachtgrund entschieden werde.

Die 8 Ausschussplätze wurden analog der Vorschläge der Fraktionen einzeln zur geheimen Wahl gestellt. Die 8 Ausschussplätze wurden um den Bewerber Ulf-Udo Hohl (ALP), der für die Abstimmung die Nr. 9 erhielt, ergänzt.

Bewerber Nr. 1 (Andreas Berger): 16 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 2 (Hans-Peter Helmling): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 3 (Prof. Dr. Udo Weis): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 4 (Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 5 (Gerhard Waldecker): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 6 (Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 7 (Jutta Schneider): 16 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 8 (Thomas Burger): 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich gewählt.

Bewerber Nr. 9 (Ulf-Udo Hohl): 2 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen und wurde mehrheitlich nicht gewählt.

Damit gewählt (4 weitere Mitglieder werden vom Bauernverband entsendet):

	Mitglied		Stellvertreter	
1.	Andreas Berger	(CDU)	Dr. Arno Neidig	(CDU)
2.	Hans-Peter Helmling	(CDU)	Jutta Schuster	(CDU)
3.	Prof. Dr. Udo Weis	(CDU)	Andreas Wolf	(CDU)
4.	Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler	(PL)	Silke Layer	(PL)
5.	Gerhard Waldecker	(PL)	Ulrike Breitenbücher	(PL)
6.	Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende	(SPD)	Christine Grimm	(SPD)
7.	Jutta Schneider	(SPD)	Dr. Felix Geisler	(SPD)
8.	Thomas Burger	(GLP)	Sigrid Schüller	(GLP)

Festlegung der beratenden Ausschüsse einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung von ALP.

Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Gemeinderats (8 bzw. im UTB 9 Mitglieder) mehrheitlich angenommen mit 17 Ja-Stimmen von CDU, PL, SPD, GR Burger und BGM, bei 2 Gegenstimmen von GR Schüller und ALP

TOP 3

Wahl der Vertreter in den Verbands-/Mitgliederversammlungen der Zweckverbände "Abwasserverband Unterer Leimbach" und "Bezirk Schwetzingen", der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e.V., der Musikschule Schwetzingen e.V. und des Nachbarschaftsverbands

Die Gemeinde Plankstadt ist in den jeweiligen Verbands-/Mitgliederversammlungen wie folgt vertreten:

- Zweckverband „Abwasserverband Unterer Leimbach“

- Zweckverband „Bezirk Schwetzingen“
- Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e.V.
- Musikschule Bezirk Schwetzingen e.V.
 - a) Bürgermeister (oder Stellvertreter) und
 - b) 2 Gemeinderäte als weitere Vertreter

- Nachbarschaftsverband Heidelberg Mannheim
 - a) Bürgermeister (oder Stellvertreter) und
 - b) 1 Gemeinderat als weiterer Vertreter

Die Benennung der jeweiligen Ratsvertreter für die kommende Legislaturperiode der o.g. Gremien erfolgte bisher durch die beiden stärksten Fraktionen (bei den Zweckverbänden und der Volkshochschule/Musikschule) bzw. die stärkste Fraktion (beim Nachbarschaftsverband).

Die Wahl der Vertreter in den Verbands-/Mitgliederversammlungen erfolgt i.d.R. geheim mit Stimmzetteln. Es besteht jedoch die Möglichkeit der Einigung, d.h. einstimmigen, offenen Wahl.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die Benennung in der Vergangenheit zwar durch die stärksten Fraktionen erfolgte, dies aber kein Automatismus sei und man die Besetzung auch anders aufteilen könne. Sie schlug GR Thomas Burger als Vertreter für die Musikschule vor.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass danach die Bürgermeisterstellvertreter gewählt würden und es eine Kollision mit der Vertretung in der Verbandsversammlung geben könne.

Daher wolle er vorab wissen, wer als Bürgermeisterstellvertreter kandidiere. Er beklagte weiter, dass auch kein Tätigkeitsbericht der letzten Vertreter an den Gemeinderat gekommen sei. Hier hätte es früher eine Broschüre gegeben.

BGM Schmitt sagte, dass der Verwaltung eine solche Broschüre nicht bekannt sei und stellte klar, dass durch die bisherigen Vertreter gute Arbeit geleistet und auch darüber im Gremium informiert wurde.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, die PL kein Problem damit habe, auf den Sitz bei der Musikschule zugunsten der GLP zu verzichten. Er machte den Vorschlag, da die Sitzungen der VHS immer am gleichen Tag und direkt mit der Musikschule zusammenhängend stattfinden, dass dann beide Sitze übernommen werden.

GR Thomas Burger (PL) sagte, dass er dies nicht wusste, er aber auch die Volkshochschule übernehmen werde. Es folgte die Wahl der Vertreter.

Zweckverband „Abwasserverband Unterer Leimbach“

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) beantragte geheime Abstimmung.

Bewerber Nr. 1 (Weis/Schuster) wurde einstimmig mit 19 Stimmen gewählt.

Bewerber Nr. 2 (Layer/Waldecker) wurde mehrheitlich mit 18 Ja Stimmen bei 1 Gegenstimme (Enthaltung) gewählt.

Zweckverband „Bezirk Schwetzingen“

Bürgermeister Schmitt fragte, ob man öffentlich abstimmen könne. Es wurden keine Einwände seitens des Gemeinderates vorgebracht.

Die Bewerber Nr. 1 (Schuster/Weis) und Nr. 2 (Layer/Waldecker) wurden mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme (Enthaltung) von GR Ulf-Udo Hohl gewählt.

Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e.V.

GR Thomas Burger (GLP) schlug vor, dass eine fraktionsübergreifende Vertretungsregelung gut wäre.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) lehnte dies ab.

Bürgermeister Schmitt fragte, ob man öffentlich abstimmen könne. Es wurden keine Einwände seitens des Gemeinderates vorgebracht.

Die Bewerber Nr. 1 (Schuster/Neidig) und Nr. 2 (Burger/Schüller) wurden mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme (Enthaltung) von GR Dr. Felix Geissler gewählt.

Musikschule Schwetzingen e.V.

Bürgermeister Schmitt fragte, ob man öffentlich abstimmen könne. Es wurden keine Einwände seitens des Gemeinderates vorgebracht.

Die Bewerber Nr. 1 (Schuster/Neidig) und Nr. 2 (Burger/Schüller) wurden mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme (Enthaltung) von GR Dr. Felix Geissler gewählt.

Nachbarschaftsverband

Bürgermeister Schmitt fragte, ob man öffentlich abstimmen könne. Es wurden keine Einwände seitens des Gemeinderates vorgebracht.

Die Bewerberin Schuster wurde mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme (Enthaltung) von GR Hohl gewählt.

TOP 4

Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters

Gemäß § 48 Abs.1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) bestellt der Gemeinderat aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Stellvertretung beschränkt sich auf die Fälle der Verhinderung. Die Stellvertreter werden nach jeder Wahl der Gemeinderäte neu bestellt und in der Reihenfolge der Stellvertretung je in einem besonderen Wahlgang gewählt. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen des §37 Abs.7 GemO. Es entscheidet die absolute Mehrheit. Nicht ausgeschlossen ist jedoch auch eine eventuelle Einigung unter den Wählervereinigungen, die als offene Wahl i.S. v. § 37 Absatz 7 Satz 1 (2. Halbsatz) GemO betrachtet werden kann. Die Verwaltungsvorschrift zu § 48 Gemeindeordnung stellt klar, dass bezüglich der Zahl der Stellvertreter keine Vorgabe besteht, sondern diese durch einfachen Beschluss des Gemeinderats festgelegt wird.

In der abgelaufenen Amtsperiode des Gemeinderates waren 2 Stellvertreter des Bürgermeisters bestellt. Diese Praxis hat sich bewährt. Es bleibt jedoch dem Gemeinderat vorbehalten, die Zahl der Stellvertreter festzulegen. Hinsichtlich der Benennung der Stellvertreter durch die Fraktionen soll, wie seither, der 1. Bürgermeisterstellvertreter durch die stärkste Fraktion (CDU), der 2. Bürgermeisterstellvertreter durch die zweitstärkste Fraktion (PL) und, falls zusätzlich gewünscht, der 3. Bürgermeister-Stellvertreter durch die drittstärkste Fraktion (SPD) benannt werden.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) stellte den Antrag, wieder einen 3. BGM-Stellvertreter zu wählen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass es nicht die Fraktionen seien, die Vorschläge machen. Hier gebe es kein Erbrecht.

BGM Schmitt erwiderte, dass in der Vorlage der Verwaltung nichts anderes stehe und jeder dies auch lesen könne.

Es wurde der weitergehende Antrag der SPD, 3 Stellvertreter zu wählen, abgestimmt.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Es wurde die Wahl zum 1. Bürgermeisterstellvertreter aufgerufen. Die CDU schlug GR Hans-Peter Helmling vor.

BGM Schmitt fragte, ob es weitere Vorschläge gibt.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) schlug GR Thomas Burger (GLP) vor.

GR Thomas Burger (GLP) lehnte dies ab.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) verlangte geheime Wahl.

Es wurde geheime Wahl des 1. BGM-Stellvertreters durchgeführt.

GR Hans-Peter Helmling wurde mehrheitlich gewählt. Er nahm die Wahl an und sagte, dass er nach den weiteren Wahlen noch etwas sagen wolle.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) schlug Gerhard Waldecker als 2. BGM-Stellvertreter vor.
Es wurden keine weiteren Vorschläge abgegeben und seitens des Gremiums geheime Wahl verlangt.
Herr Waldecker wurde mangels ausreichender Zustimmung nicht gewählt. Auf Antrag der PL wurde die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) verlas eine Stellungnahme der PL. Aufgrund der völlig unwürdigen Aussagen einzelner Ratsmitglieder im Vorfeld der Wahl und des gezeigten Abstimmungsverhaltens verzichtete die PL darauf, den 2. BGM-Stellvertreter zu stellen. Man wolle dieses Amt nicht weiter beschädigen. Man verstehe das Verhalten im Rat nicht und sehe, dass man nicht zusammenarbeiten wolle.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) schlug GR Fredi Engelhardt vor. Dieser sei seit 1999 im Gemeinderat, habe gute Arbeit geleistet und sei allseits beliebt und geschätzt.

BGM Schmitt sagte, dass dies Augenwischerei sei. Die PL habe GR Gerhard Waldecker vorgeschlagen, auf den diese Eigenschaften ebenfalls alle zutreffen, der gerade eben aber nicht gewählt worden sei. Die PL habe zudem gerade ihren kompletten Verzicht erklärt.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass er sich geehrt fühle, das Amt aber nicht annehmen könne, da er beruflich zu sehr eingespannt sei.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) schlug GR Jutta Schuster (CDU) vor.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass sie nicht zur Verfügung stehe.

GR Andreas Berger (CDU) schlug GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) vor.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, das eigentlich angedacht war, dass er sich als 3. Stellvertreter zur Verfügung stelle. Es war nicht sein Wunsch, aber er könne sich der Abstimmung stellen.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er der zweitdienstälteste Gemeinderat sei und sich daher zur Wahl stelle.

Es wurde der 2. BGM-Stellvertreter erneut gewählt.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) wurde mehrheitlich gewählt, nahm die Wahl an und sagte, dass er im NÖT dazu noch etwas sagen möchte.

Es wurden dann Kandidaten für den 3. BGM-Stellvertreter gesucht.

GR Andreas Berger (CDU) schlug GR Sigrid Schüller (GLP) vor.

GR Sigrid Schüller (GLP) lehnte dies ab.

BGM Schmitt und GR Andreas Berger schlugen GR Thomas Burger (GLP) vor.

GR Thomas Burger (GLP) lehnte dies ab.

GR Gerhard Waldecker (PL) schlug GR Dr. Arno Neidig vor.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) stellte sich daraufhin zur Wahl.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass er sich auch zur Wahl stellen wolle.

Es fand die Wahl zum 3. BGM-Stellvertreter statt. Weder GR Neidig noch GR Hohl wurden mangels ausreichender Zustimmung gewählt.

BGM Schmitt stellte den Antrag auf Vertagung der Wahl des 3. Stellvertreters, um das unwürdige Spiel zu beenden. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass er zunächst eigentlich eine andere Rede gehabt habe. Er möchte niemanden im Rat für sein Abstimmungsverhalten zu nahe treten, habe sich aber doch ein anderes Ergebnis gewünscht. Er bedankte sich für das ihm ausgesprochene Vertrauen auch noch einmal bei den Bürgerinnen und Bürgern, die ihn zum Stimmenkönig der Kommunalwahl 2014 gemacht hatten. Er sagte, er sei in der vergangenen Amtsperiode als Bürgermeisterstellvertreter, in der es eine sehr gute Zusammenarbeit mit Horst Kolb gab, immer neutral aufgetreten, nie als CDU-Gemeinderat, was er auch weiterhin so pflegen werde. Er empfahl dem Rat, der oft Entscheidungen von größerer Tragweite treffe, nicht so viele ideologische Gründe einfließen zu lassen und die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger noch mehr in den Vordergrund zu stellen.

Wahl von 3 Stellvertretern:

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, SPD und GLP, bei 7 Enthaltungen von PL, ALP und BGM.

1. BGM-Stellvertreter:

GR Hans-Peter Helmling (CDU) mehrheitlich gewählt mit 18 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme (Enthaltung)

2. BGM Stellvertreter

GR Gerhard Waldecker (PL) wurde mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen (7 Enthaltungen) nicht gewählt.

2. BGM Stellvertreter (2. Wahl)

Auf den Bewerber GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) entfielen 12 Ja-Stimmen, der Bewerber GR Ulf-Udo Hohl (ALP) erhielt keine Stimme. Es wurden 7 Enthaltungen abgegeben, die als Gegenstimmen zu werten sind. GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) wurde damit mehrheitlich gewählt.

Wahl zum 3. BGM-Stellvertreter

Auf den Bewerber GR Dr. Arno Neidig (CDU) entfielen 8 Ja-Stimmen, auf den Bewerber GR Ulf-Udo Hohl (ALP) entfiel 1 Ja-Stimmen. es wurden 10 Enthaltungen abgegeben, die als Gegenstimmen zu werten sind. Damit wurde keiner der beiden Bewerber gewählt.

Vertagung:

GR Thomas Burger (GLP) war bei der Abstimmung nicht am Ratstisch.

Einstimmig angenommen mit 17 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 5

Maßnahmen zum Klimaschutz

Die Gemeinde hat in den vergangenen Jahren bereits verschiedenste Maßnahmen zur Reduzierung von klimarelevanten Gasen und somit zum Klimaschutz ergriffen. Hierzu zählt z. B. das kommunale Energiecontrolling, bei dem Plankstadt bereits im Jahre 2001 als eine der ersten Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis aktiv einstieg. Verbunden war dies mit dem Beitritt zur KLIBA. Auch bei der Erstellung der jährlichen Energieberichte hatte Plankstadt eine gewisse Vorbildfunktion gegenüber anderen Gemeinden. Nicht unerwähnt bleiben sollten an dieser Stelle die energetische Sanierung von Gemeindehäusern, von kommunalen Einrichtungen oder auch die Förderung des Radverkehrs.

Energieberater Dr. Keßler war zu dem TOP anwesend um das Gremium zu informieren, was man in Plankstadt zum Thema Klimaschutz gemacht hat. Er sagte, dass man kommunale Jahresberichte erstelle, Energieverbrauchscontrolling betreibe und bei der Entwicklung energetischer Sanierungsmaßnahmen unterstütze. Es gibt bereits ein Klimaschutzteilkonzept. Dieses Konzept zum Aufbau eines Klimaschutzmanagements für die kommunalen Liegenschaften wurde bereits im März 2012 fertiggestellt. Weiterhin besteht eine Zusammenarbeit der Kommunen des Rhein-Neckarkreises mit dem Landratsamt im Bereich des Klimaschutzes.

Die Leistungen der Kommune sind die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und die Bereitstellung der Daten für die Fortschreibung der CO₂-Bilanz. Keßler sagte, dass Plankstadt im Vergleich zum durchschnittlichen bundesweiten Co₂-Verbrauch und auch im Vergleich mit den anderen Kommunen des Rhein-Neckar-Kreises auf dem richtigen Weg sei.

BAL Boxheimer sagte, dass die Gemeinde mit 2 Elektrofahrzeugen (Renault Twizy und e-Bike) bereits in die Elektromobilität eingestiegen sei. Man habe die Straßenbeleuchtung auf NAV-Beleuchtung umgestellt und man habe eine PV-Anlage auf dem Bauhof-Dach. Weiterhin werde für kommunale Liegenschaften 100% Ökostrom bezogen.

GR Andreas Berger erkundigte sich nach der Größe der Anlage auf dem Bauhofdach.

BAL Boxheimer sagte, dass diese bei 110 KW Peak liegt.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) dankte für die bereichernden Ausführungen und hielt fest, dass man seit 2010 wesentlich mehr in dieses wichtige Thema eingestiegen sei. Man sei bei der Gemeinde auf dem richtigen Weg, müsse sich aber fragen, wo man die Bürger noch mehr mitnehmen könne?

Herr Keßler sagte, dass die Bürgerberatung gut angenommen werde. Er hielt fest, dass es sich um einen Prozess handle und das Gros der Bevölkerung noch besser erreicht werden müsse.

BGM Schmitt ergänzte, dass man mit der in diesem Jahr durchgeführten Energiekarawane einen weiteren Schwerpunkt in der Information der Bürger zu diesem Thema durchgeführt habe, neben der ohnehin stattfindenden Beratung im Rahmen der Ortskernsanierung.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) schlug vor stichwortartig oder in kurzer Form im GMB auf Schwerpunktthemen einzugehen, um die Bürger noch mehr mitzunehmen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass es als Neubürger gut zu wissen wäre, dass es überhaupt eine Energieberatung gibt, denn man lese das GMB häufig noch nicht. Deshalb sollte direkt bei den Bauanträgen darauf hingewiesen werden.

GR Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass man sehr häufig selektiv wahrnehme und im Bereich der erneuerbaren Energien immer noch unterdurchschnittlich sei. Man solle sich im UTB über ein Anreiz-Programm für die Bürger unterhalten.

Zur Kenntnis.

TOP 7

Kindertagesstätte Pestalozziweg 2 -Vergabe der Planungsleistungen Außenanlage

Für das gesunde Heranwachsen von Kindern hat das Erleben von Natur eine elementare Bedeutung. Daher sollten in Kindertagesstätten die Außenanlagen möglichst naturnah gestaltet sein. Hierdurch werden eine Fülle sinnlicher Wahrnehmungsmöglichkeiten und die Förderung der motorischen Fähigkeiten ermöglicht. Zudem erlaubt diese Gestaltungsform, das Gelände vorrangig auf die Bedürfnisse des Kindes unter pädagogischen Gesichtspunkten auszurichten. Möglichkeiten zum Erlernen von motorischen Grundfertigkeiten, von Körperbeherrschung und Beweglichkeit sollten vorhanden sein. Die Größe der geplanten Spielfläche an der neuen Kindertagesstätte sowie die Lage in dem naturnah gewachsenen Außenbereich der Humboldtschule bieten hierzu beste Voraussetzungen. Nach Abstimmung mit dem künftigen Betreiber Postillion sollen die vorhandene und die zu planende Außenspielfläche für die dann insgesamt am Standort befindlichen 5 Krippengruppen und 2 Kindergartengruppen zu einer gemeinsamen Spielfläche zusammengelegt werden.

Sowohl das Planungsbüro Zieger-Machauer aus Oberhausen-Rheinhausen als auch das Planungsbüro Stadt und Natur aus Klingenmünster (Rheinland-Pfalz) haben schon mehrfach Freiraumplanungen für öffentliche Gebäude durchgeführt, wobei besonders das Büro Stadt und Natur schon viele Außenbereiche und Spielflächen bei Kinderbetreuungseinrichtungen geplant und realisiert hat und daher über große Erfahrungen und Kompetenzen in der Gestaltung derartiger Freiflächen verfügt.

Als Referenz in der näheren Umgebung wurden mehrere Spielflächen im öffentlichen Bereich und bei Betreuungseinrichtungen in Ketsch genannt. Erkundigungen bei der Gemeinde Ketsch haben ergeben, dass man das Planungsbüro Stadt und Natur sehr empfehlen kann.

Beide Büros haben Honorarangebote abgegeben, die sich an den Leistungsphasen der HOAI 2013 orientieren.

Weil Teilleistungen entfallen können (Genehmigungsplanung) bzw. durch den Fachbereich Technik und Bau abgedeckt werden (Objektbetreuung und Dokumentation), fallen nur 91 % des Grundhonorars an.

Bei der Vergabe der Planungsleistungen an das Büro Zieger-Machauer würde ein Bruttlohonorar in Höhe von 29.296,04 EUR anfallen.

Das Planungsbüro Stadt und Natur würde ein Bruttlohonorar in Höhe von 26.534,82 EUR erhalten.

In der Kostenberechnung des Architekturbüros sind Honorarkosten für die Planung der Außenanlagen in Höhe von 30.000 EUR vorgesehen. Die Baukosten wurden mit 150.000 EUR (brutto) ermittelt.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass ihm das Büro Stadt+Natur persönlich bekannt sei. Er kenne eine von dem Büro geplante, gut gestaltete und großzügige Spielanlage in Ketsch. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man zuerst von der Höhe der Summe für die Planung eines Spielplatzes überrascht gewesen sei. Allerdings handle es sich auch um eine recht große Fläche. Man habe sich dann beim

BAL über die Notwendigkeit der Beauftragung eines Planungsbüros erkundigt. Sie bat BAL Boxheimer nochmals darauf einzugehen.

BAL Boxheimer sagte, dass bei diesem Spielplatz die Spielgeräte nicht im Vordergrund stehen, sondern der Raum. Ein solcher Spielplatz sei sehr empfehlenswert für die Entwicklung der Kinder.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass es sich bei dem gehörten um wissenschaftliche Erkenntnisse handle und man eine Möglichkeit sehe, eine führende Anlage zu schaffen. Sie erkundigte sich, was mit dem bereits vorhandenen Außenspielbereich geschehe und erhielt zur Antwort, dass dieser integriert werde. Breitenbücher gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass Außenanlagen im Vergleich zu sonstigen Baumaßnahmen generell relativ teuer seien. Es wäre interessant gewesen, gemäß der Bewertungsmerkmale die Punktzahlen zu sehen. Die Nebenkosten mit 6 % seien zu hoch, hier sollte man nochmals darüber sprechen. Er gab die Zustimmung der SPD, allerdings sollten die Nebenkosten 5 % nicht überschreiten.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass für die Planungsleistung und die Außenanlage ein stolzer Preis zusammen komme. Sie vermisse, dass eine genaue m² Zahl genannt wurde, so sei es schwierig, die ganze Sache zu beurteilen. Sie fragte, wie teuer die Spielfläche im Bruchhäuser Weg war. BAL Boxheimer sagte, dass die Anlagen nicht vergleichbar seien, der reine Spielbereich aber bei 150 T€ lag. Schüller fragte, ob man wirklich alles modellieren müsse, oder ob man den Eltern auch die Chance gebe, in Eigenleistung etwas aufzustellen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass sich alle Experten schon ausgelassen hätten. Der Betrag sei relativ hoch. Er sah hier Spielraum, wo man nochmals verhandeln könne.

BGM Schmitt sagte, dass man sich an die HOAI halten muss, man aber versuchen wird, die Nebenkosten nicht über 5 % steigen zu lassen.

Hohl sagte, dass Zieger-Machauer schon einiges gemacht habe und hier ein Bonus drin sein müsste.

Mehrheitlich angenommen mit 17 Ja-Stimmen von CDU, PL, SPD, GR Burger und BGM bei 2 Enthaltungen von GR Schüller und ALP.

TOP 8

Bauantrag zum Einbau von 12 Wohnungen in den Gebäudebestand auf dem Grundstück Flst Nr. 1804, Oftersheimer Landstr. 2

In den Jahren 2006 und 2008 wurde gegenüber einem früheren Eigentümer die Genehmigung zum Einbau von 9 bzw. 11 Wohnungen in den Gebäudebestand erteilt.

Das Baurechtsamt hatte der Gemeinde die Erteilung des Einvernehmens empfohlen, weil sich durch das Umbauvorhaben planungsrechtlich auf dem Grundstück im Außenbereich keine Änderungen ergeben würden. Auch die relativ großen Eingriffe in den Gebäudebestand wurden vom Baurechtsamt nicht kritisch gesehen.

Der Eigentümer konnte sich im Übrigen auf eine Baugenehmigung aus dem Jahr 1962 berufen, wonach bereits 10 Wohnungen in dem ursprünglich als Kofferfabrik erbauten Gebäude zugelassen worden waren.

Umgesetzt wurden die zwischenzeitlich erloschenen Baugenehmigungen aus den Jahren 2006 und 2008 nicht.

Das Grundstück und die darauf befindlichen Gebäude zeigen sich heute in einem verwahrlosten Zustand und mittlerweile hat sich der 5. Eigentümerwechsel ergeben.

Der aktuell vorliegende Bauantrag wurde von einem am Grundstückskauf interessierten Bauträger aus Mannheim eingereicht. Entwurfsverfasser ist wieder – wie bereits 2006 / 2008 - ein Architekt aus Reilingen; d.h. die eingereichten Pläne sind nahezu identisch mit den früher genehmigten Planungen.

Beantragt wird erneut der Einbau von 11 Wohnungen in das Hauptgebäude, das auf der Ostseite 2 Dachgauben und 2 Zwerchhäuser (als Hauszugänge) erhalten soll. Auf der Westseite sind 3 Dachgauben und 1 Dacheinschnitt geplant.

Nachdem die Planungen keine wesentlichen Änderungen gegenüber den 2006 bzw. 2008 genehmigten Bauvorlagen aufweisen, schlägt die Verwaltung die Erteilung des Einvernehmens vor. Nachbareinwendungen wurden lediglich von den westlich angrenzenden Eigentümern vorgetragen, die auf die Einhaltung des 50 cm-Abstandes nach dem Nachbarrechtsgesetz von ihrem landwirtschaftlich genutzten Grundstück bestehen. In den Bauvorlagen ist eine 1,50 m hohe Hecke (lebendige Einfriedigung) direkt auf der westlichen Grundstücksgrenze dargestellt

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU und sagte, dass es schade sei, dass damals nichts umgesetzt wurde. Jetzt gebe es noch eine Wohnung mehr wie beim damaligen Antrag.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL und sagte, dass alles besser sei als der momentane Schandfleck.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD und sagte, dass man hoffe, dass die Überbauung nun durchgezogen werde.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, was der Einbau von Wohnungen in den Gebäudebestand bedeute und was mit den Nachbareinwendungen geschehe?

BGM Schmitt sagte, dass für die Nachbareinwendungen das Landratsamt zuständig ist. Er schilderte, dass das bestehende Gebäude Bestandschutz hat. Würde man das bestehende alte Gebäude abreißen, hätte man ein Gelände im Außenbereich, das nicht mehr mit Wohnbebauung versehen werden darf.

Schüller gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es mehrere Gebäude im Außenbereich gebe, die strittig seien. Dieses sei gut auf die Baumafia zugeschnitten. Er lasse sich nicht zum Spielball machen und warte auf den nächsten Bauantrag. Er gab seine Ablehnung.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) versicherte sich, dass die Hecke kein Problem darstelle.

Mehrheitlich angenommen mit 17 Ja-Stimmen von CDU, PL, SPD, GLP und BGM, bei 1 Gegenstimme von GR Ulf-Udo Hohl (ALP).